



# Plenartagung

## Schwerpunkte der Plenartagung vom 14. - 17. Juni 2010

### Arbeitszeiten von Fernfahrern: Selbständige mit inbegriffen?..... 4

Für selbständige Bus- und Fernfahrer müssen die gleichen Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens, fordert der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Die Abgeordneten haben somit den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt. Sie argumentieren, dass die Gleichbehandlung aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit sowie zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nötig ist.

### Klarere Lebensmittelkennzeichnung für Verbraucher..... 5

Vor dem Hintergrund zunehmender Gesundheitsprobleme wie Fettleibigkeit und Diabetes in Europa wird das Europäische Parlament über erhebliche Veränderungen der Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften abstimmen, so dass Verbraucher eine gut überlegte Wahl treffen können. Eine Informationsüberflutung der Verbraucher sowie die übermäßige Belastung der Lebensmittelindustrie, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) soll jedoch verhindert werden, argumentieren die Abgeordneten.

### Abgeordnete diskutieren Angriff auf Gaza-Hilfskonvoi mit Catherine Ashton..... 7

Das EP wird am Mittwoch über Israels Tzahal-Militäraktion gegen die Hilfsflotte für den Gaza-Streifen debattieren. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, wird eine Erklärung abgeben.

### Übersetzungsrechte für EU-Verdächtige in Strafverfahren gefordert..... 8

Das Parlament wird in Straßburg über ein neues Gesetz abstimmen, dass EU-Bürgern während eines Strafprozesses in einem anderen Mitgliedstaat Zugang zu einem Übersetzer und Dolmetscher garantieren soll. Bei Annahme des neuen Gesetzes wird ein zur Zeit in Portugal verhafteter britischer Fußballfan nun das Recht auf Übersetzung während des Polizeiverhört, der Gerichtsverhandlung und bei Gesprächen mit seinem Anwalt erhalten.

### 14 EU-Mitgliedstaaten wollen internationale Scheidungen erleichtern..... 9

Das Europäische Parlament wird darüber entscheiden, ob 14 Mitgliedstaaten erstmals in der Geschichte der EU eine sog "verstärkte Zusammenarbeit" anwenden dürfen. Die betreffenden Mitgliedstaaten könnten es binationalen Paaren dann erlauben, sich das nationale Scheidungsrecht für ihre Trennung auszuwählen.

### Derivatemarkt: Nicht nur Transparenz, sondern auch strengere Regeln gefordert. 10

Es bedürfe nicht nur der Transparenz, sondern auch strengerer Regeln im Derivat Handel, finden Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses. Der Handel mit Derivaten soll nun auf europäischem Niveau überprüft werden, nachdem er sich im Mittelpunkt der griechischen Schuldenkrise befand. Das Parlament wird über eine Resolution abstimmen, die eine signifikante Reduzierung des Spekulationsgeschäfts fordert.

### Neue EU-Satelliten sollen bei Bekämpfung von Naturkatastrophen helfen ..... 11

Erdbeben, Überschwemmungen, Ölteppiche und andere große Katastrophen sollen künftig schneller und besser bewältigt werden. Bis 2014 soll ein neuer Erdbeobachtungssatellit in der EU entwickelt werden. Das Parlament soll kommende Woche grünes Licht für die ersten operativen Schritten (2011-13) des Satelliten geben und 107Million € bewilligen, um die volle Funktionsfähigkeit des System zu gewährleisten.



# Plenartagung

<b>Neue Förderung für Millenniums-Entwicklungsziele</b> .....	12
<p>Innovative Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung, wie beispielsweise eine Steuer für Finanztransaktionen, müssen von der EU, als weltweit führender Geber, unterstützt werden, um die Ziele der Millenniums-Entwicklung (MDG) bis 2015 umzusetzen. Über einen entsprechenden Entschließungsentwurf wird Dienstag im Plenum abgestimmt.</p>	
<b>EU2020-Strategie/Wirtschaftsregierung: Ein steiniger Weg zu Wachstum und mehr Arbeitsplätzen in Europa</b> .....	13
<p>Am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich eine Entschließung zur Wirtschafts-Governance in der EU annehmen, welche die wichtigsten Argumente im Hinblick auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse wiedergibt. Das Parlament wird sich damit in den kommenden Monaten auseinandersetzen, da sich die Arbeit, diese Prozesse zu reformieren, beschleunigt.</p>	
<b>Umsetzung der Verordnung zum Handelsverbot mit Folterwerkzeugen</b> .....	14
<p>Seit 2006 wird der Handel der EU mit Gütern kontrolliert, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten. Dazu gehören etwa mit Dornen besetzte Schlagstöcke, Daumenfesseln und am Körper getragene Elektroschockgürtel. In der mündlichen Anfrage äußern die Abgeordneten ihre "ernste Besorgnis, dass die Verordnung nicht vorbildlich umgesetzt worden ist".</p>	
<b>Kreditratingagenturen und Daten zum öffentlichen Defizit sollen umfassender beaufsichtigt werden</b> .....	15
<p>Das Parlament wird mit der Kommission darüber diskutieren, wie Kreditratingagenturen (KRA) Risiken unterschätzen und die Krise in Griechenland sogar verschlimmert haben. Über die Probleme von Daten zum öffentlichen Defizit, die von Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, wird anschließend getrennt im Plenum diskutiert. Die Kommission ist ferner aufgefordert, ihre Pläne und Ansichten in dieser Angelegenheit sowie über die Erteilung weiterer Untersuchungsbefugnisse für Eurostat zu äußern.</p>	
<b>Abgeordnete nehmen Stellung zur neuen EU-Russland-Partnerschaft</b> .....	16
<p>Kommende Woche wird das EP über die Ergebnisse des 25. EU-Russland-Gipfels sowie die dort vereinbarte "Partnerschaft für Modernisierung" debattieren. Die Abgeordneten werden zudem in einer Resolution dazu Stellung nehmen. Mit der "Partnerschaft für Modernisierung" soll ein flexibler Rahmen geschaffen werden, um Reformen voranzutreiben sowie die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.</p>	
<b>Ostseeregion: Mit "BONUS"-Strategie den Klimawandel bekämpfen</b> .....	17
<p>Um die negativen Folgen von Verschmutzung, Klimawandel, Versäuerung, Überfischung und dem Verlust an biologischer Vielfalt zu bekämpfen, plant die EU, ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Ostseeregion - BONUS (Joint Baltic Sea Research and Development programme) - aufzulegen, an dem sich alle acht Ostseeanrainer beteiligen: Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Litauen, Lettland, Polen sowie Schweden.</p>	
<b>Weitere Tagesordnungspunkte</b> .....	17

# Plenartagung

Ayla Sultan CICEK	BXL: (+32) 2 28 41009 STR: (+33) 3 881 74005 PORT: (+32) 498 98 13 37 EMAIL: <a href="mailto:presse-de@europarl.europa.eu">presse-de@europarl.europa.eu</a>
Michael KACZMAREK	STR: (+33) 3 881 64025 (STR) PORT: (+49) 0151 17257196 EMAIL: <a href="mailto:Presse-de@europarl.europa.eu">Presse-de@europarl.europa.eu</a> EMAIL: <a href="mailto:michael.kaczmarek@europarl.europa.eu">michael.kaczmarek@europarl.europa.eu</a>
Georg PFEIFER	STR: (+33) 3 881 74848 PORT: (+43) 699 104 68 901 EMAIL: <a href="mailto:Presse-de@europarl.europa.eu">Presse-de@europarl.europa.eu</a> EMAIL: <a href="mailto:georg.pfeifer@europarl.europa.eu">georg.pfeifer@europarl.europa.eu</a> ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06
Denise Weiershaus	BXL: (+32) 2 28 31299 EMAIL: <a href="mailto:denise.weiershaus@europarl.europa.eu">denise.weiershaus@europarl.europa.eu</a>
<a href="http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm">http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm</a>	

## Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [EP Live - Live-Übertragung der Plenarsitzung in Straßburg](#)
- [EuroparlTV - Live-Übertragung der Plenarsitzung in Straßburg](#)

# Plenartagung

## Arbeitszeiten von Fernfahrern: Selbständige mit inbegriffen?

- Selbständige Kraftfahrer könnten auf ein Arbeitslimit von 48Std/Woche begrenzt werden
- SPD, Grüne und GUE ersuchen die Ablehnung des Vorschlags, sie von der Arbeitszeitenrichtlinie auszunehmen

**Für selbständige Bus- und Fernfahrer müssen die gleichen Regeln gelten wie für Angestellte eines Unternehmens, fordert der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Die Abgeordneten haben somit den ursprünglichen Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt. Sie argumentieren, dass die Gleichbehandlung aus Gründen der Gesundheit und Sicherheit sowie zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs nötig ist.**

In Straßburg wird nun das Plenum über Annahme oder Ablehnung des Kommissionsvorschlags abstimmen, der vorsieht, selbständige Fahrer von der Arbeitszeitenrichtlinie für Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports auszunehmen. Bereits am 28. April 2010 hatte eine Mehrheit des Beschäftigungsausschusses die Änderungsanträge von SPE, Grünen und GUE angenommen, die den Kommissionsvorschlag aus Gründen der Gesundheit, Sicherheit und Wettbewerbsgleichheit ablehnten.

In Anbetracht der Gesundheit und Sicherheit der Fahrer, der Straßenverkehrssicherheit und der allgemeinen Wettbewerbsregeln hatten sich die Fraktionen darin gegen den Gesetzesvorschlag der Kommission ausgesprochen.

Gelten für selbständige Fernfahrer letztendlich die gleichen Regeln wie für angestellte Fahrer, unterliegen sie auch den Vorschriften für Be- und Entladen, Unterstützung für Fahrgäste, Reinigung und Wartung sowie bezüglich der Formalitäten im Zusammenhang mit Polizei und Zoll. Momentan sieht die Gesetzeslage ein wöchentliches Fahrlimit von durchschnittlich 48 Stunden vor. Dieses Limit kann allerdings auf bis zu 60 Stunden pro Woche angehoben werden, vorausgesetzt der Wochendurchschnitt von 48 Stunden wird über einen Zeitraum von vier Monaten nicht überschritten.

Berichterstatterin Edit Bauer (EVP, Slowakei) unterstützt den Ansatz der Kommission, eher das Problem der scheinselfständigen Kraftfahrer zu bekämpfen, als selbständige Kraftfahrer in den Geltungsbereich der Richtlinie einzubeziehen und argumentiert ferner, dass "die Regulierung der Arbeitszeit von Selbständigen beispiellos ist".

*Berichterstatterin: Edit BAUER (EVP, Slowakei)  
Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung  
Aussprache: Dienstag, 15. Juni 2010  
Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatterin](#)
- [OEIL - Informationen zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Rules on working hours must apply to self-employed commercial drivers too, say MEPs"](#)
- [Bericht zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben](#)

# Plenartagung

## Klarere Lebensmittelkennzeichnung für Verbraucher

- Verpflichtende Nährwertkennzeichnung, einschließlich Angaben zu Werten von Fett, Energie, Zucker etc.
- Fraktionen sind uneins darüber, "Ampel"-Symbole auf ungesunden Produkten zu zeigen
- Kennzeichnungen müssen Angaben zum Herkunftsland beinhalten, auch bei verarbeiteten Lebensmitteln

**Vor dem Hintergrund zunehmender Gesundheitsprobleme wie Fettleibigkeit und Diabetes in Europa wird das Europäische Parlament über erhebliche Veränderungen der Lebensmittelkennzeichnungsvorschriften abstimmen, so dass Verbraucher eine gut überlegte Wahl treffen können. Eine Informationsüberflutung der Verbraucher sowie die übermäßige Belastung der Lebensmittelindustrie, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) soll jedoch verhindert werden, argumentieren die Abgeordneten.**

Die neue Verordnung zur Lebensmittelkennzeichnung soll die bestehende EU-Gesetzgebung in diesem Bereich zusammenführen, vereinfachen und aktualisieren. Der Vorschlag der Kommission sieht eine verpflichtende, umfangreiche Nährwertkennzeichnung im "Hauptblickfeld der Verpackung" mit vorgeschriebenen Angaben zum Energiegehalt und zu den Nährstoffen wie Fett, gesättigte Fettsäuren, Kohlenhydrate, Zucker und Salz vor. Die Abgeordneten des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit fordern außerdem, Proteine, Ballaststoffe und Transfette der Liste hinzuzufügen.

Über die möglichen Vorzüge eines "Ampel"-Systems, um diese grundlegenden Werte hervorzuheben, sind die Abgeordneten jedoch geteilter Meinung. Ein Vorschlag zur Einführung eines solchen Systems ist im Umweltausschuss mit knapper Mehrheit abgelehnt worden. Das System sieht vor, grüne, gelbe und rote Symbole, entsprechend der relativen Mengen von Energie, Fett, Zucker etc., die in den Lebensmittel enthalten sind, anzugeben.

Oftmals wollen Verbraucher wissen, woher ihre Lebensmittel stammen, um beispielsweise die CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Produktes einschätzen zu können. Die Abgeordneten fordern daher die Angabe des Herkunftslandes für Fleisch, Geflügel, Molkereiprodukte, frisches Obst und Gemüse sowie anderer Produkte, die aus einer einzigen Zutat bestehen. Gleiches gilt für Fleisch, Geflügel und Fisch, wenn diese als Zutat in verarbeiteten Lebensmitteln vorhanden sind.

Lebensmittelinformation kann auch ein Sicherheitsthema sein. Der Umweltausschuss unterstützt daher Vorschläge, Regeln zur Kennzeichnung von Allergiestoffen auszuweiten. Diese würden sich dann auch auf Restaurants und nicht nur auf Lebensmittelverpackungen beziehen. Die Ausschussmitglieder fordern schließlich, dass Produkte, die Nanomaterial enthalten, eindeutig im Verzeichnis der Zutaten als solche gekennzeichnet werden müssen.

"Wir haben eine vernünftige Blaupause erstellt, die den Interessen der Verbraucher und der Hersteller gleichermaßen entgegenkommt", kommentiert Renate SOMMER (CDU), Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, das Votum des Umweltausschusses.

*Berichterstatterin: Renate SOMMER (CDU, Deutschland)*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung*

*Aussprache: Dienstag, 15. Juni 2010*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

# Plenartagung

## Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatterin](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Klarere und informativere Regeln zur Lebensmittelkennzeichnung" vom 16. März](#)
- [Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel](#)

# Plenartagung

## Abgeordnete diskutieren Angriff auf Gaza-Hilfskonvoi mit Catherine Ashton

**Das EP wird am Mittwoch über Israels Tzahal-Militäraktion gegen die Hilfsflotte für den Gaza-Streifen debattieren. Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, wird eine Erklärung abgeben.**

Während einer Aussprache im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten am 2. Juni haben die Abgeordneten eine unabhängige internationale Untersuchung des Angriffs gefordert und Israel aufgefordert, die Gaza-Blockade zu beenden.

Am Donnerstag wird das Parlament über eine Resolution zu dem Thema abstimmen.

Nach den gemeinsamen Gesprächen mit Catherine Ashton in Straßburg werden die Abgeordneten dann am Donnerstag über eine darauf Bezug nehmende Entschließung abstimmen.

*Berichterstatter: Fraktionen*

*Verfahren: Resolution*

*Aussprache: Mittwoch, 16. Juni 2010*

*Abstimmung: Donnerstag, 17. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung "Humanitarian convoy: MEPs condemn Israeli commando operation" \(in Englisch\)](#)
- [Stellungnahme von Catherine Ashton am 9. Juni \(in Französisch\)](#)

# Plenartagung

## Übersetzungsrechte für EU-Verdächtige in Strafverfahren gefordert

**Das Parlament wird in Straßburg über ein neues Gesetz abstimmen, dass EU-Bürgern während eines Strafprozesses in einem anderen Mitgliedstaat Zugang zu einem Übersetzer und Dolmetscher garantieren soll. Bei Annahme des neuen Gesetzes wird ein zur Zeit in Portugal verhafteter britischer Fußballfan nun das Recht auf Übersetzung während des Polizeiverhörs, der Gerichtsverhandlung und bei Gesprächen mit seinem Anwalt erhalten.**

Gemeinsam mit dem Rat hat sich das Parlament auf ein Abkommen geeinigt, dass ab dem Verdachtsmoment, ein Verbrechen begangen zu haben, bis Beendigung des Prozesses einheitlichen Vorschriften zum Übersetzen und Dolmetschen innerhalb der EU zustimmt. Drei Jahre haben die Mitgliedstaaten Zeit die Richtlinie umzusetzen. Die zusätzlichen Übersetzungskosten, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, müssen von den Mitgliedstaaten getragen werden. Das Vereinigte Königreich und Irland haben der Anwendung dieser Richtlinie bereits zugestimmt, während Dänemark noch nicht darauf reagiert hat.

*Berichterstatterin: Baronin Sarah LUDFORD (ALDE, UK)*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung*

*Aussprache: Montag, 14. Juni 2010*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatterin](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Own-language rights for EU citizens in criminal trials" vom 10. Juni 2010 \(in Englisch\)](#)
- [Text der Initiative über die Rechte auf Dolmetschleistungen und auf Übersetzungen in Strafverfahren](#)

## 14 EU-Mitgliedstaaten wollen internationale Scheidungen erleichtern

- Premiere: EU genehmigt verstärkte Zusammenarbeit?
- 14 Mitgliedstaaten können diese Zusammenarbeit nutzen, um ein Gesetz zur Erleichterung von internationalen Scheidungen zu verabschieden

**Das Europäische Parlament wird darüber entscheiden, ob 14 Mitgliedstaaten erstmals in der Geschichte der EU eine sog "verstärkte Zusammenarbeit" anwenden dürfen. Die betreffenden Mitgliedstaaten könnten es binationalen Paaren dann erlauben, sich das nationale Scheidungsrecht für ihre Trennung auszuwählen.**

Eine verstärkte Zusammenarbeit ermöglicht es einigen Mitgliedstaaten, in bestimmten Politikbereichen voranzuschreiten und gemeinsame Regelungen zu erlassen, ohne dass sich alle anderen Mitgliedsländer daran beteiligen müssen. Sollte das Parlament die 14 Mitgliedstaaten ermächtigen, mit der verstärkten Zusammenarbeit fortzufahren, müsste ein weiterer Gesetzesvorschlag mit dem tatsächlichen Inhalt des neuen Scheidungsrechts dem Parlament zur Konsultation vorgelegt werden. Diese Regeln würden binationalen Ehepaaren ermöglichen, sich für ein Gesetz zu entscheiden, das bei ihrer Scheidung zum Tragen käme; solange es ein Gesetz eines Landes ist, zu welchem das Paar eine enge Verbindung aufweist, wie zum Beispiel langjähriger Wohnort oder Nationalität. Ehepaare mit unterschiedlichen Nationalitäten, Paare, die getrennt in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten oder zusammen in einem Land leben, das nicht ihr Heimatland ist, könnten von dieser Regelung profitieren.

Beispielsweise würde dieses Gesetz einem französisch-deutschen Paar, das in Belgien lebt, gestatten, sich entweder für das französische oder deutsche Scheidungsrecht zu entscheiden. "Wir geben Paaren mehr Freiheit und Wahlmöglichkeit bei ihrer Scheidung, zumal diese Zeit eine schwierige in ihrem Leben ist", so der Berichterstatter Tadeusz ZWIEFKA (EVP, Polen).

Jedes Jahr werden in der EU mehr als 350000 grenzüberschreitende Ehen geschlossen und 170000 Scheidungen vollzogen, das sind 20% der Scheidungen in der EU. Zu den Mitgliedstaaten mit den höchsten Zahlen an binationalen Scheidungen gehörten 2007 Deutschland mit 34000, Frankreich mit 20500 und das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland mit 19500 Trennungen.

Die verstärkte Zusammenarbeit folgt einem Antrag von zunächst neun EU-Mitgliedstaaten, die vorangehen wollten, nachdem 2006 ein Kommissionsvorschlag - die sogenannte Rom III-Verordnung - im Rat in einer Sackgasse gelandet war. Dazu gehören Österreich, Bulgarien, Frankreich, Ungarn, Italien, Luxemburg, Rumänien, Slowenien und Spanien. Weitere Länder wie Deutschland, Belgien, Lettland, Portugal und Malta haben sich der Gruppe angeschlossen. Griechenland jedoch zog sich zurück, obwohl es sich ursprünglich dem Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit anschließen wollte. Am Freitag, 4. Juni 2010, beschlossen die EU-Justizminister, die verstärkte Zusammenarbeit zu ermöglichen. Weitere EU-Mitgliedstaaten können jederzeit beitreten.

*Berichterstatter: Tadeusz ZWIEFKA (EVP, Polen)*

*Verfahren: Verfahren der Zustimmung*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil des Berichtstatters](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemittteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Cross-border divorces: 12 EU Member States may soon allow couples to choose which law applies"](#)

# Plenartagung

## Derivatemarkt: Nicht nur Transparenz, sondern auch strengere Regeln gefordert

**Es bedürfe nicht nur der Transparenz, sondern auch strengerer Regeln im Derivatemarkt, finden Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses. Der Handel mit Derivaten soll nun auf europäischem Niveau überprüft werden, nachdem er sich im Mittelpunkt der griechischen Schuldenkrise befand. Das Parlament wird über eine Resolution abstimmen, die eine signifikante Reduzierung des Spekulationsgeschäfts fordert.**

Das Parlament betont in seiner Resolution zudem die Notwendigkeit sicherzustellen, dass so viele Derivate wie möglich zentral abgewickelt werden, um Risiken zu verringern. Außerdem sollen Standards eingeführt werden, die von diesen Clearing-Stellen überwachen würden.

Der vorläufige Resolutionstext enthält zahlreiche Vorschläge zur Regulierung des Handels mit Credit Default Swaps, einschließlich des Verbots von ihrem spekulativen Handel. Des Weiteren werden darin Möglichkeiten aufgezeigt, wie die regulatorische Belastung auf Firmen-Endnutzer von Derivaten verringert werden könne.

Derivatprodukte werden gegenwärtig aufgrund der höchst undurchsichtigen Art, auf die die Derivate gehandelt werden, auf nationaler und europäischer Ebene und auch von der G20 diskutiert. Die nicht-legislative Resolution des Europäischen Parlaments erscheint einige Wochen vor dem Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur Regulierung des Derivatebereichs und sollte als Indikator für die Schwerpunkte der EU-Abgeordneten, auf die sie ihr Augenmerk legen möchten, betrachtet werden.

Im Resolutionsentwurf wird insbesondere gefordert, von der "jahrelangen Fehleinschätzung, dass Derivate vor allem deshalb einen geringen Regelungsbedarf haben, weil sie von Fachleuten und Spezialisten gehandhabt werden", abzusehen. Stattdessen bedürfe es strengerer Regeln, um gefährliche Risikoniveaus zu verhindern, die durch unerfahrene Nutzer und Spekulanten errichtet werden, so im Entwurfstext.

*Berichtersteller: Werner LANGEN (CDU, Deutschland)*

*Verfahren: Initiativbericht*

*Aussprache: Montag, 14. Juni 2010*

*Abstimmung: Dienstag, 15. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil des Berichterstatters](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Daylight and rules for the derivatives market"](#)
- [Bericht über Derivatemärkte – Künftige politische Maßnahmen](#)

## Neue EU-Satelliten sollen bei Bekämpfung von Naturkatastrophen helfen

- EU-Satellit zur Beobachtung der Erdveränderung soll 2014 in Betrieb genommen werden
- Der Datenzugriff soll offen und kostenfrei sein, um Naturkatastrophen zu bewältigen

**Erdbeben, Überschwemmungen, Ölteppiche und andere große Katastrophen sollen künftig schneller und besser bewältigt werden. Bis 2014 soll ein neuer Erdbeobachtungssatellit in der EU entwickelt werden. Das Parlament soll kommende Woche grünes Licht für die ersten operativen Schritten (2011-13) des Satelliten geben und 107 Millionen € bewilligen, um die volle Funktionsfähigkeit des System zu gewährleisten.**

Die Einrichtung des neuen Satellitensystems würde der EU das Sammeln eigener Daten ermöglichen, die bisher hauptsächlich von amerikanischen Satelliten stammen. Die Abgeordneten des Industrieausschusses haben erfolgreich darauf gedrängt, dass der Zugriff auf diese Daten offen und kostenfrei sei, so dass diese allen lokalen, regionalen und nationalen Akteuren zur Verfügung stünden, um mögliche Katastrophen zu bewältigen. Die Satelliten könnten auch sehr gut zur Beobachtung des Klimawandels eingesetzt werden und die Politik bei ihrer Entscheidungsfindung im Bereich Landwirtschaft, Energie, Stadtplanung, Infrastruktur und Verkehr unterstützen.

Für den Zeitraum 2011-2013 wird die EU 107 Millionen € zur Verfügung stellen. Diese sollen um 209 Millionen € aufgestockt werden, die aus Mitteln des Themenbereichs "Weltraum" des Siebten EU-Forschungsrahmenprogramms kommen sollen.

Der SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatter Norbert GLANTE zeigt sich erfreut über das Ergebnis: "Mit der Ausschussabstimmung haben wir den nächsten Schritt für die Umsetzung dieses zukunftsweisenden Projekts getan".

### Überschwemmungen in Mitteleuropa

Ebenfalls am Mittwoch wird das EP über die Überschwemmungen in der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen sowie der Slowakei und die Reaktion der EU hierauf debattieren und über einen entsprechenden Entschließungsvorschlag abstimmen. In Polen haben die Überschwemmungen mehr als 20 Todesopfer gefordert.

*Berichterstatter: Norbert GLANTE (SPD)*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren, 1. Lesung*

*Aussprache: Mittwoch, 16. Juni 2010*

*Abstimmung über Bericht und Entschließung: Donnerstag, 17. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil des Berichterstatters](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Earth observation satellites: green light for EU funding"](#)
- [Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung über das Europäische Erdbeobachtungsprogramm \(GMES\)](#)
- [Internetauftritt der Initiative Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung GMES \(in Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Neue Förderung für Millenniums-Entwicklungsziele

**Innovative Finanzierungsmechanismen für die Entwicklung, wie beispielsweise eine Steuer für Finanztransaktionen, müssen von der EU, als weltweit führender Geber, unterstützt werden, um die Ziele der Millenniums-Entwicklung (MDG) bis 2015 umzusetzen. Über einen entsprechenden Entschließungsentwurf wird Dienstag im Plenum abgestimmt.**

Im Hinblick auf den kommenden MDG-Gipfel der Vereinten Nationen in New York vom 20. - 22. September erwartet das Parlament vom Rat "die Übereinstimmung auf eine anspruchsvolle und vereinte EU-Position". Die Schlussfolgerungen des Rates werden sich auf einen 12-Punkte-EU-Aktionsplan stützen, der von der Kommission am 21. April vorgeschlagen wurde.

In jedem Fall müssen die EU-Mitgliedstaaten, gemäß des von Michael Cashman (S&D, Vereinigtes Königreich) ausgearbeiteten Entschließungsentwurf, ihrem 0,7% BIP Hilfsversprechen bis 2015 gerecht werden. Ein kürzlich veröffentlichter UN-Bericht warnt unterdessen vor dem Risiko, dieses Ziel nicht zu erreichen.

### E-Karte an Präsident Jerzy Buzek

Im Anschluss an die Abstimmung wird Parlamentspräsident Jerzy Buzek eine E-Karten-Petition von Eveline Herfkens, der Koordinatorin der UN-Millennium-Kampagne, erhalten. Die Petition fordert die Regierungschefs der EU auf, beim UN-Gipfel einen anspruchsvollen Plan vorzustellen und ihre Versprechen, Armut zu stoppen und die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 umzusetzen, zu halten.

**Wann:** Dienstag, 15 Juni 2010, 13.00 Uhr

**Wo:** Besucherbereich, LOW C -1.0, Europäisches Parlament, Straßburg

*Berichterstatter: Michael CASHMAN (S&D, Vereinigtes Königreich)*

*Verfahren: Initiativbericht*

*Aussprache: Montag, 14. Juni 2010*

*Abstimmung: Dienstag, 15. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil des Berichterstatters](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss: "Development aid: strong EU commitment needed to get MDGs back on track"](#)
- [Bericht über Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele](#)
- [Weitere Informationen zur E-Card-Kampagne \(in Englisch\)](#)
- [Kampagne der Vereinten Nationen "End Poverty in 2015 - Millenium Campaign" \(in Englisch\)](#)

# Plenartagung

## EU2020-Strategie/Wirtschaftsregierung: Ein steiniger Weg zu Wachstum und mehr Arbeitsplätzen in Europa

**Am Dienstag werden die Abgeordneten voraussichtlich eine Entschließung zur Wirtschafts-Governance in der EU annehmen, welche die wichtigsten Argumente im Hinblick auf wirtschaftliche Entscheidungsprozesse wiedergibt. Das Parlament wird sich damit in den kommenden Monaten auseinandersetzen, da sich die Arbeit, diese Prozesse zu reformieren, beschleunigt.**

Das Parlament wird zudem in einem gesonderten Entschließungsentwurf zur EU2020-Strategie dazu Stellung nehmen, welche Strategie im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Arbeit in den kommenden zehn Jahren verfolgt werden soll.

In einer Reihe von Entschließungen zu verschiedenen Politikbereichen der EU2020-Strategie, die das EP während seiner vergangenen Sitzung angenommen hatte, bestanden die Abgeordneten darauf, dass die Komplettierung des Binnenmarktes, die Sanierung der öffentlichen Finanzen sowie die EU-Regionalpolitik zentrale Elemente für den Erfolg der EU2020-Strategie darstellen. Jedoch konnten sich damals die politischen Fraktionen nicht auf eine gemeinsame Position zum Kern der EU2020-Strategie einigen. Aus diesem Grund hatten die EVP- und ALDE-Gruppe eine Verschiebung der Abstimmung beantragt, um zu versuchen, einen breiteren Konsens zu erreichen.

Der Entschließungsentwurf zur Wirtschaftsregierung wird voraussichtlich einen Tag später angenommen, nachdem die Abgeordneten die Möglichkeit erhalten haben, über die Arbeit und die Aufstellung einer Arbeitsgemeinschaft zur Wirtschaftsregierung zu diskutieren, die der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, ins Leben gerufen hat.

*Verfahren: Resolution*

*Aussprache: Dienstag, 15. Juni 2010 (Wirtschaftsregierung)*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010 (beide Resolutionen)*

# Plenartagung

## Umsetzung der Verordnung zum Handelsverbot mit Folterwerkzeugen

**Seit 2006 wird der Handel der EU mit Gütern kontrolliert, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten. Dazu gehören etwa mit Dornen besetzte Schlagstöcke, Daumenfesseln und am Körper getragene Elektroschockgürtel. In der mündlichen Anfrage äußern die Abgeordneten ihre "ernste Besorgnis, dass die Verordnung nicht vorbildlich umgesetzt worden ist".**

Mit der geltenden EU-Verordnung wurde zum ersten Mal in der Welt der internationale Handel mit Ausrüstungsgegenständen, "die keinen anderen praktischen Nutzen haben als die Todesstrafe zu vollstrecken oder Folter oder andere Misshandlungen durchzuführen", durch ein multilaterales Instrument zur Handelsüberwachung verboten. Angesichts der mangelhaften Umsetzung der Verordnung werden die Abgeordneten mit Rat und Kommission darüber debattieren, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann.

*Verfasser der mündlichen Anfragen: Gabriele ALBERTINI (EVP, Italien) und Vital MOREIRA (S&D, Portugal)*

*Verfahren: Mündliche Anfragen an Kommission und Rat*

*Aussprache: Mittwoch, 16. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage an den Rat](#)
- [Mündliche Anfrage an die Kommission](#)

# Plenartagung

## Kreditratingagenturen und Daten zum öffentlichen Defizit sollen umfassender beaufsichtigt werden

**Das Parlament wird mit der Kommission darüber diskutieren, wie Kreditratingagenturen (KRA) Risiken unterschätzen und die Krise in Griechenland sogar verschlimmert haben. Über die Probleme von Daten zum öffentlichen Defizit, die von Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, wird anschließend getrennt im Plenum diskutiert. Die Kommission ist ferner aufgefordert, ihre Pläne und Ansichten in dieser Angelegenheit sowie über die Erteilung weiterer Untersuchungsbefugnisse für Eurostat zu äußern.**

Die Daten zum öffentlichen Defizit und die Stärkung der Befugnisse von Eurostat stehen im Mittelpunkt einer Aussprache am Dienstag. Die Abgeordneten werden die Kommission fragen, ob sie Untersuchungen über die Einreichung von - absichtlich und aufgrund von Nachlässigkeit - gefälschten oder inkorrekten Daten von Mitgliedstaaten durchgeführt hat. Außerdem steht die Frage zur Debatte, ob Eurostat größere Befugnisse eingeräumt werden sollten, damit es Kontrollen vor Ort ohne vorherige Ankündigung vornehmen und Interviews mit allen Organisationen durchführen kann. In einem entsprechenden Entschließungsentwurf ist der Rat aufgefordert, seinen Absichtserklärungen gerecht zu werden und Eurostat die nötigen Befugnisse zu erteilen, um eine Situation wie im Falle Griechenlands künftig zu vermeiden. Die Abstimmung dazu erfolgt im Anschluss.

Unter dem Druck der jüngsten Vorschläge der Kommission zur weiteren Regulierung von Kreditratingagenturen werden die Fraktionen S&D, EVP, ALDE und GUE/NGL der Kommission am Mittwoch Fragen zu den kritischsten Themen stellen. Einschließlich der Frage, welche Rolle Kreditratingagenturen im Zuge der Bewertung von Staatsverschuldungen, von möglichen alternativen Modellen zur Bewertung der wirtschaftlichen Lage von Mitgliedstaaten sowie bei der Zulassung und Überwachung von öffentlichen Behörden haben sollen. Auch das Problem eines möglichen Interessenkonflikts zwischen Kreditratingagenturen und den Akteuren des Finanzmarktes, die ihre Dienste in Anspruch nehmen, soll in diesem Zuge zur Sprache gebracht werden.

*Berichterstatter: S&D, EVP, ALDE, GUE/NGL*

*Verfahren: Mündliche Anfrage*

*Aussprache: Dienstag, 15. Juni 2010 und Mittwoch, 16. Juni 2010*

*Abstimmung: Dienstag, 15. Juni 2010 (für die Entschließung zu den Defizitzahlen)*

### Weitere Informationen:

- [Mündliche Anfrage der S&D-Fraktion zu Ratingagenturen](#)
- [Mündliche Anfrage der EVP-Fraktion zu Ratingagenturen](#)
- [Mündliche Anfrage der ALDE-Fraktion zu Ratingagenturen](#)
- [Mündliche Anfrage der GUE/NGL-Fraktion zu Ratingagenturen](#)
- [Mündliche Anfrage des Ausschusses für Wirtschaft und Währung zu Defizitzahlen und die Befugnisse von Eurostat](#)

# Plenartagung

## Abgeordnete nehmen Stellung zur neuen EU-Russland-Partnerschaft

**Kommende Woche wird das EP über die Ergebnisse des 25. EU-Russland-Gipfels sowie die dort vereinbarte "Partnerschaft für Modernisierung" debattieren. Die Abgeordneten werden zudem in einer Resolution dazu Stellung nehmen. Mit der "Partnerschaft für Modernisierung" soll ein flexibler Rahmen geschaffen werden, um Reformen voranzutreiben sowie die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen.**

Die Themen visumfreies Reisen, Klimawandel und der Atomstreit mit Iran standen ebenfalls auf der Tagesordnung des Gipfels, der am 31. Mai und 1. Juni in Rostow am Don stattfand. Russland ist das einzige Land, mit dem die EU jährlich zwei Gipfeltreffen abhält.

*Verfahren: Resolution*

*Aussprache: Mittwoch, 16. Juni 2010*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

# Plenartagung

## Ostseeregion: Mit "BONUS"-Strategie den Klimawandel bekämpfen

Um die negativen Folgen von Verschmutzung, Klimawandel, Versäuerung, Überfischung und dem Verlust an biologischer Vielfalt zu bekämpfen, plant die EU, ein gemeinsames Forschungs- und Entwicklungsprogramm für die Ostseeregion - BONUS (Joint Baltic Sea Research and Development programme) - aufzulegen, an dem sich alle acht Ostseeanrainer beteiligen: Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Litauen, Lettland, Polen sowie Schweden.

Das EP wird am Mittwoch darüber abstimmen, ob es der Schaffung dieses Programms zustimmt und 50 Millionen Euro für die Strategie- und Implementierungsphase bewilligt.

Berichterstatlerin: Lena EK (ALDE, SE)

*Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung Übereinkommen*

*Aussprache: Dienstag, 15. Juni 2010*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. Juni 2010*

### Weitere Informationen:

- [Profil der Berichterstatlerin](#)
- [OEIL - Information zum Bericht auf der Webseite des Parlaments \(in Englisch\)](#)
- [Webseite von BONUS](#)

## Weitere Tagesordnungspunkte

**Die folgenden Debatten und Abstimmungen stehen ebenfalls auf der Tagesordnung:**

Mandat für den Trilog über den Entwurf des Haushaltsplans 2011

Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen  
Einführung des Euro in Estland am 1. Januar 2011

Internet der Dinge

Verwaltung des Internet: Die nächsten Schritte

Wahl des Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments

Anpassung der Geschäftsordnung des Parlaments an den Vertrag von Lissabon

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: technische Unterstützung auf Initiative der Kommission

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: ES/ Comunidad Valenciana

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Irland/Waterford Crystal

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: ES/ Kastilien-La Mancha

Innovationspolitik der Gemeinschaft in einer Welt im Wandel

Transparenz in der Regionalpolitik und bei deren Finanzierung

Finanzbeiträge der Europäischen Union zum Internationalen Fonds für Irland (2007-2010)

# Plenartagung

Fragestunde mit Anfragen an den Präsidenten der Kommission

Öffentliches Angebot von Wertpapieren und Harmonisierung der Transparenzanforderungen (Änderung der Richtlinien 2003/71/EG und 2004/109/EG) - Bericht Wolf Klinz (ALDE, Deutschland)

Änderung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)

Geschlechtsspezifische Aspekte des Konjunkturabschwungs und der Finanzkrise

Bewertung der Ergebnisse des Fahrplans für die Gleichstellung von Frau und Mann (2006-2010) und Empfehlungen für die Zukunft

Charta der Frauenrechte - Folgemaßnahmen

Anwendung der Bestimmungen des Schengen-Besitzstands über das Schengener Informationssystem in Bulgarien und Rumänien

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates (17. Juni 2010)  
Erklärungen des Rates und der Kommission

Vorbereitung des G20 Gipfels (26. - 27. Juni) - Erklärung der Kommission

Zusammenfassung des EU/Russland Gipfels (31. Mai - 01. Juni) - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Verwaltungsorgane der europäischen Satellitennavigationsprogramme

Abschluss der Satzung der „Internationalen Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)

Entlastung 2008: EU-Gesamthaushaltsplan, Rat

Jahresbericht über die Menschenrechte (2008) - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Maßnahmen der EU für den Schutz von Menschenrechtsaktivisten

Situation auf der koreanischen Halbinsel - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Lage in Bosnien und Herzegowina - Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Flugsicherheit und Abkommen EU/USA - Erklärung der Kommission

Durchführung des ersten Eisenbahnpakets - Erklärung der Kommission

Überschwemmungen in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und der Slowakei - Erklärung der Kommission

Juristische Ausbildung

Verbots des kommerziellen Walfangs - Erklärung der Kommission

Neuer Schwung für die Strategie für die nachhaltige Entwicklung der europäischen Aquakultur

Fangdokumentationsregelung für Roten Thun (*Thunnus thynnus*)

Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit:

- Demokratische Republik Kongo: der Fall von Floribert Chebeya Bahizire
- Nepal
- Exekutionen in Libyen

# Plenartagung

Entschließungsanträge zur Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte,  
der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit